

Entwicklungspolitischen Herbstkonferenz des DEAB am 14.11.2018

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

sehr geehrte Landtagsabgeordneten Frau Schwarz, Frau Rolland, Herr Dr. Lasotta, Herr Hofelich,

sehr geehrte Vertreter*innen aus Ministerien, Kommunen und Landtag,

sehr geehrte Eine Welt Akteure in Baden-Württemberg,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen!

I Was ist die aktuelle Agenda?

Zunächst möchte ich gerne auf eine Frage eingehen, die ich immer wieder auch aus politischen Kreisen höre: was bringt die entwicklungspolitische Inlandsarbeit den Menschen im globalen Süden?

Das ist eine Frage der Analyse der Ursachen, *warum* Menschen, gesellschaftliche Gruppen und ganze Länder im globalen Süden in Armut oder sogar Hunger leben und unter Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeit leiden. Sind die Menschen in diesen Ländern in der Vergangenheit nicht clever genug gewesen und brauchen technische Nachhilfe und etwas Geld, um in der Entwicklung *aufzuholen*? Haben sie nur Pech mit Naturkatastrophen, die über sie hereinbrechen, oder mit durchgeknallten Machthabern? So kann man das schon mal hören!

Natürlich gibt es keine *einfachen* Erklärungen.

Es gibt Ursachen, die in den Ländern selbst liegen - repressive und korrupte Systeme und Versagen der jeweiligen Verantwortlichen in den Ländern. Übersehen – oder geleugnet? - wird dabei das Erbe des Kolonialismus mit seinen verschiedenen Verbrechen, die sich bis heute v.a. auch wirtschaftlich auswirken. Und es gibt politische und wirtschaftliche Interessen, die Bemühungen um Entwicklung konterkarieren und sich über Menschen- und Bürgerrechte hinwegsetzen.

Leider ist die Politik, auch die deutsche, hier von erheblichen Widersprüchen geprägt: zum einen unterstützt man weltweit Projekte zur Armutsbekämpfung,

Verteidigung von Menschenrechten und Förderung von Demokratie. Zum andern kooperieren wir mit Diktaturen, zum Beispiel im Tschad, um unsere eigenen Interessen zu verfolgen: die Sicherung von Rohstoffen, die Terrorbekämpfung und die Abwehr von Flüchtlingen. Mit zum Teil *fatalen* Folgen für die Bevölkerung: wieder *zunehmende* Armut neben *obszönem* Reichtum, wachsende Korruption und zum Teil massive Aufrüstung der Machthabenden.

Darum ist das vorrangige Anliegen im DEAB, vor unserer eigenen Haustür zu kehren, d.h. zu schauen, wo **wir in Deutschland und in Europa Verantwortung tragen und Dinge ändern müssen.**

Dazu ein Zitat aus den Entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württemberg, die vom Landtag 2013 verabschiedet worden sind:

„*Unsere* Lebensweise und das *globale* Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt.

Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Das erfordert sowohl politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sich an dieser Verantwortung orientieren als auch ein entsprechendes individuelles Verhalten. Dazu gehört, alles zu unterlassen, was entwicklungsschädlich ist, und sich aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen, kriegerische Gewalt und wirtschaftliche Notlagen einzusetzen.

Hier wollen wir ansetzen.

Mit der Verabschiedung der **Agenda 2030** der Vereinten Nation vor drei Jahren sind die Chancen gewachsen, das Ziel einer *global* nachhaltigen Entwicklung klarer und in breiten Bündnissen in den Blick zu nehmen.

Und hierbei spielt die entwicklungspolitische Inlandsarbeit eine zentrale Rolle!

Zum einen geht es darum, die 17 SDG, bekannt zu machen und eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, *welche* Entwicklung wir wollen.

Zum andern geht darum, alle gesellschaftlichen Akteure hier bei uns für die Umsetzung zu gewinnen – Bürgerinnen und Bürger sowie Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Gemeinsam müssen wir *unsere* Anteile an weltweiten Fehlentwicklungen identifizieren und verändern – unsere Konsum- und Produktionsmuster, unseren übermäßigen Ressourcenverbrauch, ungerechte weltweite Handelsbedingungen, mangelnder Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, Chauvinismus und Rassismus usw..

Und dazu müssen wir auch den Austausch pflegen mit Vertreter*innen aus den Ländern des globalen Südens.

II Was sind Schwerpunkte und Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen in Baden-Württemberg?

Die Bandbreite ist groß, weshalb sich mein Beitrag auf ein paar Schlaglichter konzentrieren muss.

Ich möchte diese unter 4 Überschriften bündeln:

1. Bildungsarbeit
2. Fairer Handel und die menschenrechtliche Verantwortung wirtschaftlicher Akteure
3. Interkulturelle Öffnung
4. Internationale Partnerschaften

1. Globales Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Seit der Gründung des DEAB 1975 engagieren sich immer mehr Organisationen, lokale Initiativen, Weltläden, Migrant*innenorganisationen und Einzelpersonen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Im Anbieterkatalog des DEAB von 2017 werden auf über 140 Seiten Eine Welt Bildungsakteure in Baden-Württemberg mit ihre Angeboten für Schulen vorgestellt - kleine lokale Initiativen wie auch landesweit agierende Organisationen und Bildungsträger.

Die Ausbildung von weiteren Multiplikator*innen gewinnt an Bedeutung, um den zahlreichen Anfragen nach Referent*innen und Pädagog*innen in diesem Bereich nachkommen zu können. Dazu zwei Beispiele:

- Mit dem **Programm „Fair macht Schule“** bildet der DEAB Multiplikator*innen aus, die Projektstage mit Schülern durchführen. Sie erarbeiten mit den Schülern, was es mit Textilien, Steinen oder Handys so auf sich hat, um dann am zweiten Tag mit Einzelhändlern und Menschen auf der Straße ins Gespräch zu kommen. Zum Abschluss besuchen sie den Bürgermeister um zu erfahren, wo die Kommune ihre Waren her bezieht und nach welchen Kriterien sie eingekauft.

- Im Rahmen der vielfältigen **Kampagne Future Fashion der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit BW** mit Kleidertauschbörsen, Stadtrundgängen und Modemessen hat der DEAB in diesem Jahr 18 Future Fashion Experts ausgebildet, die landesweit Angebote zum Thema Nachhaltige Textilien entwickeln und anbieten.

Um die vielfältige Arbeit sichtbar zu machen braucht es Plattformen für gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen. So wird der DEAB mit dem **Projekt WeltGARTEN auf der Bundesgartenschau in Heilbronn** im nächsten Jahr an allen 174 Tagen entwicklungspolitischen Initiativen die Möglichkeit geben, sich und ihre Aktivitäten zu präsentieren und zum mitmachen einzuladen. Mit einer großen interaktiven Ausstellung zu den SDG wollen wir die 2 Millionen Besucher*innen zum Nachdenken und Handeln anregen. Über das Bunte Klassenzimmers können Angebote gebucht werden, zum Beispiel zu Future Fashion.

In mehr als 15 Kommunen in BW gibt es bereits Globale Klassenzimmer und Weltwerkstätten als außerschulische Lernorte, betrieben von Weltläden, von lokalen Eine Welt Netzwerken oder anderen Bildungsträgern. Oft werden sie von ihrer Kommune unterstützt.

Mit dem EPIZ, dem Entwicklungspädagogischen Informationszentrum in Reutlingen, haben wir in BW einen erfahrenen Träger mit zwei Fachpromotorenstellen für Globales Lernen. Sie haben die Schwerpunkte „Qualifizierung und Beratung“ und die Unterstützung von „Schulpartnerschaften“. Vom EPIZ wird das Landesnetzwerk Bildung für eine Welt koordiniert sowie das erfolgreiche Programm Bildung trifft Entwicklung mit über 500 Einsätzen von Referent*innen pro Jahr, vor allem an Schulen. Ihr BNE Kompass, eine Datenbank, bringt die außerschulischen Akteure und die aktuellen Bildungspläne für Schulen zusammen. So kann jeder Lehrer *den* außerschulischen Partner finden, den er für seinen jeweiligen Bildungsplan braucht.

Mit zwei, in Modulen aufgebauten, Kursen hat die Fachpromotorin seit 2014 50 Global Facilitator ausgebildet, das sind Multiplikator*innen des Globalen Lernens, sowie 40 Global Teacher, Lehrkräfte im Schuldienst.

Immer wieder nimmt der DEAB in Kooperation mit dem EPIZ teil an Anhörungen des Kultusministeriums zu neuen Ausarbeitungen der Bildungspläne, z.B. dieses Jahr zu den Ethikplänen der 5. und 6. Klassen. Im Moment arbeiten wir mit anderen Verbänden und dem Kultusministerium an einer Gesamtstrategie BNE für BW.

Neue Wege geht das forum für internationale entwicklung + planung mit seinen Projekten zu „Casual learnig“ - Lernen im Vorübergehen, mit niederschwelligen Lernangeboten im öffentlichen Raum – auf Parkbänken, Straßen und Bierdeckeln.

Im folgenden drei Anliegen an das BMZ:

1. Viele wichtige Programme werden von Engagement global gefördert. Oft sind die Fördermittel jedoch stark überzeichnet, Projektanträge müssen gekürzt oder abgelehnt werden. Die Aufstockung dieser FEB Mittel würde viele weitere spannende Bildungsprojekte ermöglichen.
2. Bildungsprojekte, die im Rahmen von Partnerschaften zusammen mit Partnern aus dem Süden durchgeführt werden, tun sich schwer mit der Finanzierung, weil die Förderprogramme das nicht vorsehen. Sie fördern *entweder* Auslandsprojekte *oder* Bildungsprojekte hier. Immer mehr Partnerschaften beinhalten jedoch beides und verstehen sich als Internationale Kooperationen und gemeinsames Lernen. Hier wäre eine neue Form der Förderung hilfreich. Auch im sehr beliebten Bildungsprogramm Chat der Welten, wo Schüler*innen *hier* mit Schüler*innen in Ländern des globalen Südens chatten, ist es immer noch nicht möglich, Honorare an Südpartner zu zahlen, während die Referent*innen hier ein kleines Honorar bekommen
3. Zur Zeit nehmen die von der SKEW geförderten Koordinatoren-Stellen kommunale Entwicklungszusammenarbeit schnell zu. Wir begrüßen dieses kommunale Engagement und die Schaffung von Ansprechpartner*innen in Kommunen. Und an vielen Stellen kommt es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Wir machen jedoch die Erfahrung, dass die Kooperation umso fruchtbarer ist je *klarer* die Arbeitsteilung mit der Zivilgesellschaft abgesprochen ist und je *besser* die Zivilgesellschaft ihrerseits aufgestellt ist. Das ermöglicht Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Wo Kommunen beginnen, die Zivilgesellschaft managen zu wollen kommt es zu Problemen.

2. Fairer Handel und die Achtung von Menschenrechten entlang der Lieferketten

Der Faire Handel hat seine Nische verlassen, Umsatzzahlen wachsen zweistellig. Davon profitieren weltweit Mio. von Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern.

In Baden-Württemberg engagieren sich über 200 Weltläden und zahlreiche Aktionsgruppen für den Fairen Handel. Sie werden von Fachpromotor*innen für Fairen Handel unterstützt. Die Weltläden führen Fachgeschäfte für Fairen Handel, sind aber auch Träger von Bildung und Kampagnen vor Ort.

Mit über 120 Fairtrade Towns, mehr als 120 Fairtrade Schools und mehreren Fairtrade Universities in Baden-Württemberg ist der Faire Handel auch in zahlreiche öffentliche Institutionen getragen worden. Diese Kampagnen sind Türöffner geworden für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung, die auch vom Fachpromotor für Nachhaltige Beschaffung und Unternehmensverantwortung vorangetrieben wird.

Es geht den Weltläden jedoch um deutlich mehr als nur den Verkauf von fair gehandelten Waren. Es geht um verantwortungsbewußten Konsum der Bürgerinnen und Bürger, globale Verantwortung der Politik und um starke Leitplanken für die Wirtschaft.

Im Rahmen ihrer Kampagnen fordern sie:

Eine *verbindliche* menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen entlang ihrer Lieferkette muss per Gesetz festgeschrieben werden!

Staaten sind völkerrechtlich verpflichtet, Menschen vor Verletzung ihrer Menschenrechte, auch durch Unternehmen, zu schützen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 einstimmig im UN-Menschenrechtsrat angenommen wurden, fordern daher von den Staaten, dass sie *wirksame Maßnahmen treffen, um Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen zu verhindern und zu ahnden*.

Im Dezember 2016 verabschiedete die Bundesregierung den Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“. Dieser ist ein erster Schritt zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien, geht aber nicht weit genug. Um Menschenrechte konsequent zu schützen, sollte die Bundesregierung dem Beispiel Frankreichs folgen und ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht für Unternehmen erarbeiten.

Im Oktober hat der Sozialausschuss der Vereinten Nationen (UN) seinen Abschlussbericht über die Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Der Ausschuss kritisiert darin die „**ausschließlich freiwillige Natur der menschenrechtlichen Sorgfalt**“, wie sie im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte beschrieben wird. Deutschland solle gesetzlich sicherstellen, dass Unternehmen die Menschenrechte in Auslandsgeschäften achten und für Verstöße haftbar gemacht werden können. Auch in der Agrar-, Handels-, Investitions-, Klima- und Finanzpolitik monierte der Ausschuss die mangelnde Berücksichtigung der Menschenrechte durch die Bundesregierung.

Eine weitere Forderung lautet:

Wir brauchen ein international verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte ("UN Treaty");

Für den Schutz von Menschenrechten bei weltweiten Unternehmenstätigkeiten gibt es bislang nur freiwillige Leitprinzipien. Um dies zu ändern, wird derzeit in den Vereinten Nationen über ein verbindliches Abkommen verhandelt. Mit dem sogenannten "UN-Treaty-Prozess" soll ein internationales Menschenrechtsabkommen erarbeitet werden, das für die Vertragsparteien verbindlich ist, klare Regeln für Unternehmen schafft und damit den Betroffenen Klagemöglichkeiten eröffnet. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen aktiv und konstruktiv für ein verbindliches Abkommen einzusetzen.

3. Interkulturelle Öffnung und migrantische Partizipation

In Baden-Württemberg gibt es viele migrantisch-diasporische Organisationen, die sich seit vielen Jahren neben ihrem Engagement in ihren Herkunftsländern zunehmend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit hier engagieren.

Beeindruckende Beispiele sind:

- Die internationale „winter school SDG4Universities“ der Organisation CLEAN-Africa,
- die Bildungsarbeit mit Kindern und Erwachsenen von Afrokids International und Ndwenga hier in Stuttgart
- „Projekt ConnectAfrica4Sustainable Development“ von Sompon Socialservice

mit Partnern in anderen afrikanischen Ländern

Seit wir zwei Fachpromotor*innen für migrantische Partizipation und Empowerment haben, die beraten, vernetzen und unterstützen, ist das Engagement und die Kompetenz der migrantischen Kolleginnen und Kollegen sichtbarer und stärker geworden.

Und seit der DEAB mit Mitteln des BAMF einen Beauftragten für Interkulturelle Öffnung einstellen konnte ist es auch im DEAB bunter und vielfältiger geworden. Wir haben uns mit Rassismus, diskriminierender Sprache, Kolonialismus und stereotypen Darstellungen in unserer entwicklungspolitischen Arbeit beschäftigt. Und am 1.12.2018 haben wir unseren ersten Kongress „Eine Welt macht sich fit für die Migrationsgesellschaft“. Das ist unsere Antwort auf Rassismus und Hetze gegen Menschen, egal ob sie als Geflüchtete gerade zu uns gekommen sind oder schon lange hier leben. Zu dem Kongress in 2 Wochen laden wir herzlich ein! (Flyer auf Stühlen)

Zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Forum der Kulturen Stuttgart haben wir in den letzten zwei Jahren außerdem 17 Berater*innen für einen MiGlobe Beraterpool ausgebildet, die nun zur Verfügung stehen, um Kommunen zu beraten, wie sie ihr entwicklungspolitisches Engagement für Menschen mit Migrationsbiographie öffnen können. Und sie sind bereits sehr nachgefragt!

Folgende Erwartungen an das BMZ möchten wir weitergeben:

1. So gut wie alle migrantischen Organisationen werden ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen, die in Vollzeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen - dazu an einem Arbeitsmarkt, der sie oft diskriminiert. Wir wünschen uns, dass das BMZ gemeinsam mit den Landesnetzwerken über Möglichkeiten nachdenkt, wie migrantisches Engagement *strukturell* mehr unterstützt werden könnte.
2. Oft werden Projekte ohne die Beteiligung bestehender migrantischer Strukturen geplant und durchgeführt. Eine Möglichkeit, dies zu verbessern wäre z.B. bei der Projektförderung von Engagement Global und der SKEW Kooperationen in Vielfalt besonders wertzuschätzen.
3. Immer wieder hören wir auf entwicklungspolitischen Veranstaltungen, dass Antirassismusarbeit und die Beschäftigung mit kolonialen Kontinuitäten nicht entwicklungspolitisch sei und daher nicht in den Aufgabenbereich des BMZ fällt. Das sollte dringend im BMZ überprüft werden, denn die entwicklungspolitische Inlandsarbeit muss sich mit Rassismus und anderen Diskriminierungen auseinandersetzen.

4. Internationale Partnerschaften bei der Umsetzung der SDG

In Baden-Württemberg gibt es eine große Anzahl von Partnerschaften oder Partnerschaften mit Institutionen, NGO oder lokalen Initiativen in Ländern des Globalen Südens. Zwei Eine Welt Fachpromotorinnen bei der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit BW bieten ihnen Unterstützung an – eine für die Burundi-Partnerschaften, eine für Partnerschaften allgemein. Dabei ist ein wichtiges Thema der gemeinsame Perspektivenwechsel und Blick auf die SDG, der aktive Abbau von Machtasymmetrien, das gegenseitige Verstehen und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Im folgenden ein paar Beispiele:

- Die Burundi-Partnerschaft des Landes hat eine neue Ausrichtung erhalten. Zur Vertiefung der Partnerschaft orientiert sie sich an einer Studie der Bedarfe von und auf burundischer Seite, an den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und an der UN Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung.
- Die Zusammenarbeit der baden-württembergischen NGOs mit burundischen Partnern geht weiter, z.B. die der **Fairen Importorganisation dwp**. Die Genossenschaft in Ravensburg unterstützt eine burundische Kaffeekooperative und importiert den fair trade Kaffee nach Deutschland. Damit ermöglichen sie tausenden Kaffeebauern nachhaltige Entwicklungsperspektiven. Der Kaffee wird in BW intensiv vermarktet.
- Der kleine **Verein FrauenWürde Manisita** in dem ländlichen Ort Waaghäusel unterhält seit 2005 eine Partnerschaft mit zwei indischen Hilfsorganisationen in Nordindien, die v.a. mit 10 Dörfern zusammenarbeiten. Sie unterstützen benachteiligte Frauen und Mädchen in Nordindien zugunsten einer eigenständigen Zukunft. Zur Zeit werden Computer-Schulungen für 200 benachteiligte Mädchen organisiert. Gleichzeitig macht Manisita Bildungsarbeit hier, z.B. mit Projekttagen an Grundschulen.
- Die **Hilfsorganisation AMICA e.V. in Freiburg** unterstützt Frauen und Mädchen in Krisenregionen und Nachkriegsgebieten. Dazu zählen der Nahe Osten, Nordafrika sowie der Balkan. Zu den Kernaufgaben gehören psychosoziale Arbeit mit Traumatisierten, medizinische Versorgung, Rechtsberatung, Maßnahmen zur Existenzsicherung sowie Projekte zu Chancengleichheit, zu Frieden und Versöhnung. Im Zentrum steht die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen vor Ort.

In Deutschland führt AMICA Fortbildungen durch für Fachleute und Ehrenamtliche in ihrer Arbeit mit Geflüchteten.

Die Organisation **Vision Hope** arbeitet seit 2002 mit Partnerorganisationen in den Krisengebieten Jemen und Syrien zusammen. Die Projekte und Programme werden mit den Partnern persönlich vor Ort erarbeitet. Ihnen ist es wichtig, dass die lokalen Partner weitestgehend die Verantwortung für ihre Arbeit übernehmen. Vision Hope unterstützt sie von Emmendingen aus mit 4 Mitarbeiter*innen.

Anliegen gegenüber dem BMZ:

Immer wieder wird an uns das Problem herangetragen, dass Visa verweigert werden für Personen, die im Rahmen einer Partnerschaft nach Deutschland kommen möchten. Das belastet die Zusammenarbeit.

Zum Abschluss meines Beitrags noch zwei Punkte:

1. Um Zivilgesellschaft im Bereich Inlandsarbeit zu stärken wurde das Eine Welt Promotor*innenprogramm von den Landesnetzwerken entwickelt. Es ist ein sehr starkes Instrument, weil es *weniger* projektorientiert als vielmehr *strukturfördernd* wirkt.

In Baden-Württemberg sind die 20 Promotor*innen bei 15 Trägerorganisationen angesiedelt, Trägern, die für eine Region oder für ein Fachgebiet Verantwortung übernehmen. Mit diesem Programm konnten wir einiges bewegen, wie ja auch die Evaluierung in diesem Jahr gezeigt hat. Darum hoffen wir sehr auf einen Ausbau!

2. Als zweiten Punkt möchte ich erinnern an die vom UN Entwicklungsprogramm empfohlene Zielmarke von drei Prozent der ODA-Quote für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit; das wären in Deutschland ca. 500 Mio. € im Jahr. Davon sind wir noch sehr weit entfernt. Nach neuesten Informationen aus dem Bundestag wurde der Haushaltsansatz für Entwicklungspolitische Bildungsarbeit für 2019 um 15 Mio. auf 50 Mio. erhöht werden soll. Darüber freuen wir uns!

Vielen Dank fürs Zuhören!

Claudia Duppel, DEAB